

Ihre Unterschrift ist gefragt

An der Straße An der Wuhlheide braucht es wieder eine Ampel



Seit Jahren setze ich mich für eine Bedarfampel an der Kreuzung An der Wuhlheide/Rathenaustraße ein, um die gefährliche Verkehrssituation endlich zu entschärfen. Doch die Senatsverwaltung blockiert weiterhin – es gibt keine Lösungen, nur Verzögerungen und Ausreden. Nun brauche ich Ihre Hilfe!

Nun wurde die Baustellenampel wieder abgebaut, obwohl sich gezeigt hat, dass sie genau das tat, was sie auf Dauer tun sollte: für mehr Sicherheit sorgen. Alle Gespräche, parlamentarischen Initiativen, Beschlüsse des Bezirksparlaments und sogar eine Demonstration wurden ignoriert. Währenddessen bleibt die Lage für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende hochgefährlich.

Die Kreuzung ist ein zentraler Knotenpunkt, der täglich von vielen Menschen genutzt wird – insbesondere von Kindern und Jugendlichen. In unmittelbarer Nähe befinden sich die Waldkita Wurzelzwerge, der Fußballverein Askania Coepenick, der Waldfriedhof und die kleine Schwimmhalle. Auch der Schulweg zur Wildbienen-Grundschule führt teils über diese Kreuzung.

Trotz dieser offensichtlichen Gefahr behauptet die Senatsverwaltung immer wieder, die bestehenden Ampeln auf Höhe der Triniusstraße und Weiskopffstraße seien ausreichend – eine Einschätzung, die an der Realität vorbeigeht.

Doch wir dürfen nicht erst auf schwere Unfälle warten, bevor gehandelt wird. Es ist Zeit, den Druck zu erhöhen!

Deshalb starte ich eine Unterschriften-sammlung, um zu zeigen, dass wir uns mit dieser Blockadehaltung der Senatsverwaltung für Verkehr nicht abfinden. Jede Stimme zählt! Das Ziel ist klar: eine Ampel an der Kreuzung An der Wuhlheide/Rathenaustraße, Gehwegvorstreckungen an den Nebenstraßen und mehr Sicherheit für alle, die täglich diesen Weg nutzen.

Jetzt unterschreiben und mithelfen, dass die Verwaltung endlich handelt!

Hier geht's zur Online-Petition:

<https://chng.it/nkFK9DWKdP>



Ausufernde Managergehälter in Berlin

SPD möchte klare Regeln und eine Begrenzung

Die Gehälter von Managern und Vorständen bei den Berliner landeseigenen Unternehmen sind ein heiß diskutiertes Thema in Berlin. Die SPD hat Vorschläge vorgelegt, um diese Vergütungen zu deckeln. Ziel ist es, Maßstäbe für Gerechtigkeit und Angemessenheit zu setzen – vor allem im Vergleich zu den Einkommen der Belegschaft.

Die Managergehälter in landeseigenen Unternehmen wie der Investitionsbank Berlin (IBB), der Messegesellschaft oder der Flughafengesellschaft sorgen immer wieder für Schlagzeilen. Teilweise nähern sich diese Vergütungen der Marke von 500.000 Euro im Jahr – mehr als doppelt so viel wie das Einkommen des Regierenden Bürgermeisters, der rund 214.000 Euro verdient. Die SPD möchte das nicht hinnehmen und hat deshalb ein Konzept zur Begrenzung der Gehälter vorgelegt. Die zentralen Punkte sind:

Höchstgrenze für Grundgehälter: Das Gehalt eines Managers darf maximal dem Einkommen des Regierenden Bürgermeisters entsprechen.

Begrenzung der Gesamtvergütung: Boni, Altersvorsorge und weitere Zusatzleistungen dürfen nur ein Drittel des Grundgehalts ausmachen.

Relation zur Belegschaft: Managergehälter dürfen nicht mehr als fünfmal höher sein als der Durchschnittsverdienst der Mitarbeiter im jeweiligen Unternehmen.

Das Konzept gilt jedoch nur für neu abgeschlossene Verträge. Bestehende Gehaltsvereinbarungen müssen aus rechtlichen Gründen unberührt bleiben.

Die SPD stützt sich bei ihrer Initiative auch auf den Berliner Rechnungshof. In einem aktuellen Bericht kritisiert dieser die hohen Gehälter in landeseigenen Unternehmen. Der Rechnungshof bemängelt zudem, dass es keine klaren Richtlinien zur Begrenzung der Vergütung gibt.

Eine Umsetzung der SPD-Vorschläge setzt eine Änderung der Landeshaushaltsordnung und weiterer Gesetze voraus. Bisher blockiert die CDU jedoch diese Begrenzung.

So bin ich ansprechbar:

KIEZBÜRO „AnsprechBar“
Siemensstraße 15, 12459 Berlin
E-Mail: wahlkreisbuero@lars-duesterhoeft.de
Telefon: 030 / 40 74 22 73

Montag 10-18 Uhr
Dienstag 10-15 Uhr
Mittwoch 10-15 Uhr
Donnerstag 10-15 Uhr

ABGEORDNETENHAUS
Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin
E-Mail: lars.duesterhoeft@spd.parlament-berlin.de
Telefon: 030 / 23 25 22 90

ODER DIREKT unter
0179 / 39 34 615

(auch per WhatsApp, Signal oder Telegram)



SPD
Zeitung von Lars Düsterhöft
AnsprechBar
für Sie im Abgeordnetenhaus Berlin

Ausgabe Februar 2025

Produziert mit Co2-Ausgleich

Wahlkampf auf Kosten der Demokratie

Sollten Sie diesen Text vor dem 23. Februar lesen, haben Sie noch die Wahl. Ist der Wahltag bereits vorüber, sind Sie vielleicht – wie wir – froh, dass es vorbei ist. Denn die letzten Wochen waren geprägt von einer politischen Inszenierung, die unserer Demokratie erheblichen Schaden zugefügt und unsere Gesellschaft weiter polarisiert hat.

Die schrecklichen Ereignisse, u. a. in Magdeburg und Aschaffenburg, haben das politische Klima bestimmt. Gleichzeitig jährte sich die Befreiung von Auschwitz zum 80. Mal – ein Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und unserer Verantwortung aus der Geschichte. Unser Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention sind unmittelbare Konsequenzen dieser Vergangenheit. Doch während weltweit an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert wurde, entschied sich Merz für ein gefährliches Wahlkampfmanöver: Er setzte eine Abstimmung zur Asylpolitik an, die keinerlei rechtliche Wirkung hatte, aber politisch weitreichende Folgen. Die CDU drängte auf diesen Antrag – wohlwissend, dass sie für eine Mehr-

heit die Stimmen der AfD brauchte. Damit machte sie die Rechtsextremen ohne Not zu Mehrheitsbeschaffern und trug zu deren Normalisierung bei.

Dabei ignorierte sie bewusst die bereits getätigten Schritte: Die Ampel-Regierung hat Abschiebungen erleichtert, Rückführungsabkommen ausgeweitet und irreguläre Migration eingedämmt. Die Zahl der Asylneuanträge ist 2024 um über 30 Prozent gesunken, allein im Januar 2025 nochmals um 37 Prozent. Anstatt diese Entwicklungen anzuerkennen, setzte die CDU auf populistische Stimmungsmache. Das Vertrauen in die Politik hat gelitten, weil Polemik über Lösungen gestellt wurden. Die echten Herausforderungen – von der wirtschaftlichen Transformation über den gesellschaftlichen Zusammenhalt bis zur Sicherheitspolitik – bleiben ungelöst, weil Populismus sachliche Debatten verdrängte.

Die CDU hingegen hat gezeigt, dass sie bereit ist, für den eigenen Vorteil demokratische Prinzipien zu opfern. Verantwortung sieht für mich anders aus.

Ihr Lars Düsterhöft

Einbürgerungen auf Rekordniveau

Ein Blick auf die zahlreichen Einbürgerungen und ihre Bedeutung



Im vergangenen Jahr haben in Berlin über 21.000 Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Diese Entwicklung stärkt den sozialen Zusammenhalt und erkennt die Integrationsleistungen der Menschen und der deutschen Gesellschaft an.

Die deutsche Staatsbürgerschaft eröffnet den Menschen uneingeschränkte Berufsfreiheit, einschließlich des Zugangs zum öffentlichen Dienst, und ermöglicht es den neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, aktiv am politischen Leben teilzunehmen, indem sie das Wahlrecht auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene erhalten.

Ich verstehe die Bedenken hinsichtlich der steigenden Einbürgerungszahlen, insbesondere in Bezug auf die Integration und mögliche Belastungen für das Sozialsystem. Und es ist wichtig, diese Sorgen ernst zu nehmen. Jedoch sind die Voraussetzungen für eine Einbürgerung klar definiert. Dazu gehören unter anderem ausreichende Sprachkenntnisse,

Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts. Diese Kriterien stellen sicher, dass die Eingebürgerten längst gut integriert sind.

Nicht zuletzt ist die Einbürgerung auch die Anerkennung der enormen Integrationsleistungen der Menschen. Sich in Deutschland zurechtzufinden, die deutsche Sprache zu lernen, ein eigenständiges Leben aufzubauen und nicht zuletzt einen Einbürgerungstest zu bestehen, sind Leistungen, die mit der Einbürgerung anerkannt werden. Für uns als Gesellschaft sind die Einbürgerungen ein Beleg für die äußerst erfolgreiche Integration von Menschen. Uns ist es gelungen, sehr viele Menschen zu integrieren und sie mit der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft gleichberechtigt in unserer Mitte aufzunehmen.

Das Ziel des Landesamtes für Einbürgerungen ist es, in diesem Jahr über 40.000 Einbürgerungen vorzunehmen und somit so viele Einbürgerungen zu ermöglichen, wie pro Jahr beantragt werden.

Die nächste Posse am Bahnhof

Verzögerungen, Zuständigkeiten und mögliche Lösungen



In meiner letzten Zeitung hoffte ich noch, dass die Baustelle unterhalb der Eisenbahnüberführung Ende 2024 Geschichte sein würde. Doch schon damals hatte ich starke Zweifel – zu Recht, wie sich nun herausgestellt hat.

Die aktuelle Sperrung des Sterndamms sorgt verständlicherweise für Unmut. Seit fünf Monaten ist die Straße gesperrt, ohne dass Fortschritte erkennbar sind. Für Autofahrende aus Niederschöneweide bedeutet das, lange Umwege in Kauf zu nehmen. Nur der Verkehr aus Johannisthal kann die Baustelle passieren. Doch nicht nur sind keine Fortschritte zu sehen – seitdem wurde auch kein einziger Bauarbeiter gesichtet. Was hingegen zunimmt, ist die Vermüllung unter den Eisenbahnbrücken. Eine Posse und ein Schandfleck.

Doch warum ist die Situation mal wieder so kompliziert? Die BVG ist als Sondernutzerin des öffentlichen Straßenlandes am Sterndamm für den Rückbau der Gleisanlagen verantwortlich. Laut Planfeststellungsbeschluss des Bezirksamtes

muss dieser Rückbau nach Fertigstellung der Verbindung zur Brückenstraße erfolgen. Dabei geht es nicht nur um das Entfernen der Gleise, sondern auch um notwendige Anpassungen für den Rad- und Fußverkehr sowie um die Entwässerung der Fahrbahn.

Doch als die BVG die Gleise entfernen wollte, stellten die beteiligten Akteure fest, dass dies gar nicht so einfach ist. Denn ein Teil der Straßenentwässerung erfolgt über die Gleisanlage, sodass diese neu gebaut werden muss, wenn die Straßenbahngleise entfernt werden. Dieser Neubau der Straßenentwässerung wurde jedoch bislang nicht einmal geplant!

Hinzu kommt, dass die notwendigen Straßenreparaturen bisher nicht vorgenommen wurden, da es an einer Gesamtlösung für die Straße fehlt. Doch diese Gesamtlösung scheint in weiter Ferne zu sein – zuvor müsste erst die Entwässerung neu geplant werden. Realistisch ist wohl, dass die Lösung der Problematik noch bis ins kommende Jahr

hinein dauern wird. Ein unhaltbarer Zustand, der die Überforderung unserer Behörden offenbart. Schließlich ist seit über einem Jahrzehnt bekannt, dass diese Bauarbeiten anstehen und entsprechende Planungen erforderlich sind.

Auch der Bahnhofsvorplatz, auf dem die Straßenbahngleise inzwischen entfernt wurden, wartet auf eine Zwischenlösung, bis der Vorplatz ordentlich umgebaut wird. Derzeit sieht es ganz danach aus, dass zwar die Gleise entfernt, das Gleisbett aber einfach erhalten und als örtliche Müllkippe genutzt wird. Ein unverantwortlicher Zustand.

Und auch der ehemalige Fußgängertunnel wird zu einer immer größeren Zumutung für unsere Kieze. Nachdem es einen Brand im Fahrstuhlschacht auf der Seite des Bahnhofs gab, dient der Schacht nun als Müllkippe. Ein Abriss des Schachts,

der Zugänge sowie die Verfüllung des Tunnels ist bisher nicht terminiert. Noch immer laufen die Planungen für diese Großbaustelle.

Ich dränge in meinen Gesprächen und parlamentarischen Anfragen auf eine pragmatische und schnelle Lösung. Ziel muss die schnelle Öffnung des Sterndamms sein.

Dass die Straße zu einem späteren Zeitpunkt erneut gesperrt werden muss, damit die Berliner Wasserbetriebe und die BVG die Straße unterhalb der Eisenbahnüberführungen ordnungsgemäß herrichten können, ist klar. Doch lieber erkläre ich Ihnen dann eine erneute Sperrung, als dass wir gemeinsam der Verwahrlosung des Bahnhofsumfelds zuschauen müssen. Sie können sich sicher sein, dass im Rahmen meiner Möglichkeiten Druck mache!

Sprechstunde von Rechtsanwalt Voigt

Jetzt anmelden für die Rechtsberatung

Alle zwei Monate berät Sie bei Bedarf Rechtsanwalt Stefan Voigt im Rahmen einer kostenlosen Erstberatung. Melden Sie sich jetzt für die Rechtsberatung am 12. März 2025 an.

Stefan Voigt berät seit Jahren in meinem Bürgerbüro AnsprechBar in der Siemensstraße 15 in Oberschöneweide. Er ist auf das Sozialrecht spezialisiert, hilft aber auch bei allen anderen Rechtsfragen gern weiter. Bei Bedarf vermittelt er an spezialisierte Kolleginnen und Kollegen

Bei der Beratung handelt es sich um eine

kostenfreie Erstberatung. Sollte es zu weiteren Beratungen oder zur Beauftragung des Rechtsanwalts kommen, geschieht dies außerhalb der kostenfreien Rechtsberatung.

Melden Sie sich jetzt für die Beratung am Mittwoch, den 12. März, von 17:00 bis 18:30 Uhr, in der AnsprechBar (Siemensstraße 15) an.

Eine Anmeldung kann per Mail oder Telefon in meinem Büro erfolgen. Die nächste Rechtsberatung findet am 14. Mai 2025 statt.